

Von der Guerilla zu den neuen gesellschaftlichen Akteuren : das Konzept des sozialen Wandels wird neu definiert

Autor(en): **Ferrari, Sergio**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **75 (1997)**

Heft 4

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341354>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Von der Guerilla zu den neuen gesellschaftlichen Akteuren

Das Konzept des sozialen Wandels wird neu definiert¹

Hatte die kubanische Revolution 1959 einen einzigartigen und besonderen Prozess in der lateinamerikanischen Geschichte eröffnet, so schien die Niederlage des Sandinismus bei den Wahlen im Februar 1990 diesen Prozess abzuschliessen. Die zwischen diesen beiden siegreichen bewaffneten Revolutionen liegenden dreissig Jahre intensiven politisch-militärischen Lebens stellen eine der

Sergio Ferrari

grausamsten und gleichzeitig heldenhaftesten Etappen der Geschichte dieser Weltregion dar. Während dieser Zeit wurden aber auch unzählige Erfahrungen in den politischen Kämpfen gesammelt. Die wichtigsten damaligen Akteure, die Guerillas, tauchten praktisch in allen Ländern auf. Die Vorgänger der bewaffneten Volksorganisationen sind allerdings schon am Anfang dieses Jahrhunderts zu suchen. Die Beispiele General Augusto César Sandinos in Nicaragua oder Farabundo Martí in El Salvador – um nur zwei zu nennen – zeigen, dass der bewaffnete Kampf keine Erfindung der kubanischen Revolution war. Diese hat jedoch erstmals bewiesen, dass ein solcher Kampf ein geeignetes und erfolgversprechendes Mittel zur Machteroberung sein kann.

Der von Fidel Castro, Camilo Cienfuegos und dem Che Guevara in der Sierra Maestra angeführte Krieg und der triumphale Einzug in Havanna am 1. Januar 1959 erlaubten drei Schlussfolgerungen. Erstens: die Volkskräfte können einen Krieg gegen die Armee gewinnen. Zweitens: man muss nicht immer warten, bis alle Bedingungen für eine Revolution gegeben sind (ein aufständischer Herd kann sie herbeiführen). Drittens: im unterentwickelten Lateinamerika muss der bewaffnete Kampf hauptsächlich auf dem Land ausgetragen werden.

Die bewaffneten Organisationen Lateinamerikas, die damals die Werte der «radikalen Linken» in Anspruch nahmen, richteten ihre eigenen Strategien meistens, aber nicht immer, nach diesem kubanischen «Dreifuss» aus.

Die Guerillas und die Doktrin der Nationalen Sicherheit

Nach dem tiefgreifenden Wandel in den 60er Jahren auf der karibischen Insel konsolidierten sich die sogenannten politisch-militärischen Organisationen verschiedener Herkunft, die sich zwar inhaltlich stark unterschieden, aber von der gemeinsamen Überzeugung, dass durch den bewaffneten Kampf in den unterentwickelten Ländern die Macht zu erlangen sei, angetrieben wurden. Diese Organisationen verwandelten sich vor allem für die Jugend, die Intellektuellen und die Mittel-

¹ Übersetzung von Tomás Martín.

**Die Methode
des bewaffneten
Kampfes
dominierte.**

schicht schnell in etwas Neues und höchst Attraktives. Mancherorts, so in Uruguay und Argentinien, wurden verdrängte Facetten der nationalen Geschichte aufgearbeitet und neu interpretiert.

Ausnahmslos alle Gruppierungen zollten der kubanischen Heldentat Respekt und waren von den Gedanken des Che fasziniert. Einige entstanden gar als Unterstützungsgruppen für den Che und mutierten erst nach dessen Ermordung zu lokalen Guerillas. Sie forderten die mystischen Kriterien der revolutionären Hingabe ein und präsentierten sich radikal antiimperialistisch, ergo antinordamerikanisch. So entstanden die Nationale Befreiungsbewegung Tupamaros in Uruguay; die Peronistischen Streitkräfte (FAP), die Revolutionären Streitkräfte (FAR), das Revolutionäre Heer des Volkes (ERP) und die «Montoneros» in Argentinien; die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) in Chile; das Nationale Befreiungsheer von Carlos Marighella in Brasilien; die Revolutionären Streitkräfte (FARC) und der M-19 in Kolumbien; die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) in Nicaragua und die Volksbefreiungskräfte (FPL) in El Salvador, um nur die bekanntesten zu erwähnen.

Die Methode des bewaffneten Kampfes dominierte über die von der «traditionellen» Linken akzeptierte Option der Wahlen. Der Guerillakrieg und dessen Variante des «verlängerten Volkskrieges» sollte der Weg zur Machterlangung sein. Südamerika, besonders Uruguay, Argentinien und Chile, entwickelten sich damit zum Hauptschauplatz der bekanntesten Guerillas, deren militärische Aktionen oft spektakulär waren. Beispielsweise die Entführung der Unternehmer Jorge und Juan Born, die ein Lösegeld von 60 Millionen Dollars einbrachte (1974).

Süd- und Mittelamerika: Zwei unterschiedliche revolutionäre Konzepte

Die aufeinanderfolgenden Militärputschs 1973 in Uruguay und Chile sowie derjenige in Argentinien 1976 führten die Auseinandersetzung auf ein neues Niveau. Die Armeen waren nun auf der Strasse, hatten die politische Macht in ihren Händen, waren an keine Gesetze gebunden und zerschlugen in den meisten Fällen den bewaffneten Widerstand. Während so auf der einen Seite die radikale Linke in Südamerika einen herben Rückschlag erlitt, erlebte die Sandinistische Befreiungsfront in Nicaragua (FSLN) ihren Durchbruch im Juli 1979 mit dem Sieg ihres Aufstandes gegen die Diktatur Anastasio Somozas. Das Szenario der bewaffneten Auseinandersetzung hatte sich somit nach Mittelamerika verlagert.

Die 80er Jahre waren das Jahrzehnt der sandinistischen Herrschaft, deren Politik auf vier Säulen ruhte: aussenpolitische Blockfreiheit, Einbindung der Bevölkerung – einschliesslich der ChristInnen-, politischer und gewerkschaftlicher Pluralismus und gemischte Wirtschaft, die im Unterschied zur kubanischen Revolution das Fortbestehen eines kapitalistischen Sektors, welcher seinen bedeutenden politischen Einfluss niemals eingebüsst hat, akzeptierte. Trotz dieser gemässigten Ausrichtung, die sogar den Bourgeoisien anderer lateinamerikanischer Länder schmackhaft gemacht werden sollte, sorgten die republikanischen Regierungen der USA unter Reagan und Bush für die Verfehlung der sandinistischen Erfahrung. Sie organisierten einen erbitterten Krieg, der in Nicaragua einen Schaden von ca. 17 Milliarden Dollars anrichtete, was den Exporteinnahmen von 50 Jahren entspricht, und nicht weniger als 50'000 Opfer forderte.

Vom sandinistischen Sieg ermutigt, verwandelt sich Mittelamerika in ein brodelndes Fass. Die bewaffneten Organisationen in El Salvador vereinigen sich in

der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) und ihre guatemaltekischen PartnerInnen zur Guatemaltekischen Nationalen und Revolutionären Einheit (URNG). Der Krieg droht die ganze Region in die Luft zu jagen.

Vom frontalen Krieg zur Verhandlungslösung

Nun erhält das Konzept der radikalen Linken ein neues Gesicht. Obwohl sie auf der theoretischen Ebene national und durchlässig erschienen – in einigen Fällen konnten sie gar als weniger radikal als einige Guerillas in Südamerika betrachtet werden –, machte die frontale Auseinandersetzung mit den von den USA unterstützten Armeen den Unterschied aus. Die Unmengen von Heldentaten auf Seiten der BefreiungskämpferInnen; das hohe Niveau der Auseinandersetzungen in bezug auf Taktik, technische Hilfsmittel und im besonderen der grausame Verschleiss, den diese Kriege für die gesamte mittelamerikanische Gesellschaft bedeuteten, läuteten eine neue politische Etappe ein.

Nach einem Jahrzehnt intensiver Konfrontation waren Gesellschaft und Volksbewegung ermüdet und geschwächt. Andererseits stellte das nach dem Untergang des Ostblocks neue internationale Kräfteverhältnis die Volksbewegungen vor eine delikate Situation. Der eigene Verschleiss und die Schwächung der Partner bedeutete, gemäss der Interpretation der Guerillaführung, automatisch die Stärkung der Position des Feindes. In der Folge wurden in Nicaragua wie auch später in El Salvador und Guatemala breite Verhandlungsprozesse zwischen den Linkskräften und den von Washington unterstützten Gruppen eingeleitet. Es war ein langer Prozess, der schon 1982 mit der Contadora beginnt, in Esquipulas 1987 vertieft wird und in die Verhandlungen der SandinistInnen mit der «Contra» und der überraschenden Wahlniederlage des FSLN

1990 mündete. In El Salvador fanden die Verhandlungen mit den Abkommen von Mexiko 1992 ihren Abschluss. Der definitive Frieden in Guatemala wurde nach über sieben Jahren Dialogs im Dezember 1996 unterzeichnet, womit der letzte bewaffnete Konflikt in Mittelamerika beigelegt wurde.

Mit dem Näherkommen einer politischen Lösung erhielten eine ganze Reihe neuer sozialer Akteure grössere Wirkung und Unterstützung. Die revolutionären Kräfte stellten sich auf die neue Situation ein und profilierten sich als politische Parteien, passten ihre Schemen und Funktionsweisen an und förderten, auf die eine oder andere Art, die Stärkung der Basisbewegungen.

Der Kampf um den Erhalt der revolutionären Errungenschaften in Nicaragua, die Verbreitung eines neuen Konzeptes der Regierung von unten in den Gemeindeverwaltungen El Salvadors und die Einbindung und Entwicklung der guatemaltekischen Zivilgesellschaft, die aus dem Verhandlungsprozess der URNG mit der Regierung gestärkt herausging, um nur einige neuartige Aspekte zu nennen, sind die ersten Ergebnisse der Suche nach neuen Handlungsmustern, auf die sich die ehemaligen Guerillas begeben haben.

Chiapas, ein Warnsignal und die Originalität des Wandels

Am 1. Januar 1994 bricht der bewaffnete Aufstand der Indigenen in Chiapas aus. Er erhebt nicht nur Anklage gegen den mexikanischen Staat und deren Herrschaftsträger, sondern eröffnet innerhalb der progressiven Kräften Lateinamerikas und der ganzen Welt auch erneut die Debatte über die Recht- und Zweckmässigkeit der bewaffneten Auseinandersetzung. Die Bildung der Zapatistischen Front zur Nationalen Befreiung (FZLN) im September des laufenden Jahres und der aktive Aufruf der ZapatistInnen zur

Die revolutionären Kräfte profilierten sich als politische Parteien.

Mobilisierung der ganzen Zivilgesellschaft sollen einen wirklichen Demokratisierungsprozess in Mexiko garantieren. Die Klarstellung der ZapatistInnen, die Macht nicht durch Waffengewalt erringen zu wollen, und die neuen Impulse hinsichtlich der internationalen Solidarität bereichern diese Dynamik. Die zapatistische Anklage gegen den Neoliberalismus – als ein Modell, das jetzt schon den größten Teil der Bevölkerung des Kontinentes zugrunde richtet – und seine konstruktive Option für die Menschheit und die neuen integrierenden Beziehungen der verschiedenen Kämpfe auf globaler Ebene stellen vielleicht den wertvollsten Beitrag dieses Sektors der lateinamerikanischen Linken dar.

Radiographie eines rebellischen Kontinentes

Mit Ausnahme Kolumbiens, wo zwei Organisationen weiterhin bewaffnet kämpfen, und Perus, wo es noch kleinere Gruppen der Revolutionären Bewegung Tupac Amaru gibt – man erinnert sich an die Besetzung der japanischen Botschaft Anfangs Jahr –, ist der bewaffnete Kampf aus der politischen Bühne Lateinamerikas praktisch verschwunden. Zwischen der kubanischen Revolution von 1959 und der aktuellen lateinamerikanischen Realität wurden neue Konzepte, Formeln, Prioritäten, Strategien und Methoden von den Volksbewegungen aufgenommen. So zum Beispiel:

- Der Kampf um das Bürgerrecht, das sich die brasilianischen Volkssektoren, vor allem die Landlosenbewegung (MST), die Basisgemeinschaften und die politischen Kräfte der Linken (PT), neben der Agrarreform auf die Fahnen geschrieben haben.
- Die «Vertiefung der Demokratie auf nationaler Ebene ausgehend von der Massenmobilisierung der mexikanischen Zivilgesellschaft» und die unablässig

und immer wieder vom EZLN eingeforderten neuen Rechte für die ethnischen Minderheiten.

- Der symbolische Gehalt des «Verhandlungsweges», den die Guerillas Zentralamerikas beschritten haben, wobei sie dem Frieden gar einen «revolutionären» Beigeschmack zu geben vermochten, indem sie parallel dazu neue Vorschläge zur Organisierung der Bevölkerung lancierten.
- Die Bedeutung der «Machtakkumulation in den Gemeinden», die von den meisten linken Organisationen des Kontinentes betrieben wird.
- Der ökologische, ethnische und Geschlechterkampf sind zu einem wichtigen Teil der progressiven Politik der lateinamerikanischen Linken geworden.

Viele dieser neuen Akteure stellen die Legitimität des bewaffneten Kampfes nicht in Frage, wenn die institutionellen, legalen Kanäle sich ihren Forderungen verschliessen – sie identifizieren sich aber nicht mit der Theorie des «aufständischen Herdes». Die Landbesetzungen durch den brasilianischen MST oder die energischen Proteste der nicaraguansichen StudentInnen sind Belege hierfür. Die Utopie, die Überzeugung eines tiefgreifenden Wandels nicht nur im eigenen Land, sondern auch im Kontinent, im ganzen Süden, ja auf der ganzen Welt, übersteigen heute die Debatte um die Formen des Kampfes. Jedes Volk, jedes Land, jede Bewegung sucht nach eigenen Formeln, schwenkt die eigenen Fahnen und legt die eigenen Prioritäten fest.

Sergio Ferrari ist Historiker und Journalist (BR), Korrespondent für verschiedene lateinamerikanische Medien, in Bern und bei der UNO akkreditiert, Redaktionsmitglied beim Courier de Genève und Presseverantwortlicher der ONG suisse E-CHANGER.